



PI-RAT



Politische Informationen vom FachschaftsRat Erziehungswissenschaft - No 4. / 08



Verbesserte Bedingungen für Studium und Lehre durch Studiengebühren:

Das Eib-PI

HALLO AN ALLE STUDIERENDEN DES FACHBEREICHES ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT,

der Unmut über die Zuspitzung sozialer und kultureller Widersprüche steigt. Hiervon abzulenken ist Roland Koch mit dem Sündenbock "krimineller Ausländer" erfreulich misslungen. Immer weniger kann sich auch auf politisch verantwortlicher Seite der Notwendigkeit eines politischen Richtungswechsels zugunsten echter Reformen für die Hebung der Lage der Mehrheit der Bevölkerung entzogen werden.

Für die Hochschulen hieße das mindestens: Abschaffung der Gebühren, Demokratisierung und stärkere ökonomische Unabhängigkeit für einen inhaltlich kritischen Gesellschaftsbezug.

Für diese Perspektive wollen wir mit diesem PI-Rat beitragen, der am Ende des ersten Semesters für die Bachelor-Studierenden einen Schwerpunkt bei dem neuen Studiensystem hat.

Der Kreis der Herausgeber des PI-Rats hat sich erfreulich vergrößert mit der Neuwahl des FSR im November. Mitglieder sind nun:

Fabian Fritz, Christian Galati, Nissar Gardi, Anna Hölzinger, Sarah Jähnert, Hannes Jakob, Kevin Kahn, Jana Kemper, Christina "Lotte" Kuchemüller, Sarah Mesrogli, Sinah Mielich, Florian Muhl, Anh Ngo, Christina Esra Onus, Till Petersen, Dirk Renken, Markus Schwarzer, Caspar Stuebs und Sarah Christina Weber.

Wir alle wünschen eine anregende Lektüre



INHALTSVERZEICHNIS

Bachelor/Master:

Neueste Ergebnisse aus dem Experiment "Bachelor"	4
Der wahre Alltag der Bachelorstudierenden	6
BA/MA in der Lehrerbildung - Die Freiheit des Studiums in neuen Strukturen?	7

STiNE:

"Studienfonetz" - Ein Gespräch mit der STiNE-Beauftragten Frau Prof.Dr. Eva Arnold	11
---	----

Studiengebühren:

Extra-Boycott-Erklärung: Für einen progressiven Wandel in Bildung und Gesellschaft! Für eine gebührenfreie Bildung! ...	13
--	----

HoPo:

Linksverschiebung die zu Konsequenzen drängt! Zu den Ergebnissen der Wahlen zum Studierendenparlament ...	15
--	----

Medienkritik:

"Gerade das vermeintlich Unpolitische ist in höchstem Grade politisch" Interview mit dem Soziologen Bernd Hamm	17
---	----

Schule:

Neues von der Volksinitiative "Eine Schule für alle"	23
--	----

Aktuelles:

Podiumsdiskussion: "Bildende Politik?"	24
"Menschenbilder in der Pädagogik - Emanzipatorische Theorieansätze und praktischer Verfall"	25
Die Aneignung des Vorhandenen - Ein Aufruf zur kulturellen Einflussnahme am Fachbereich	26
"Ich wünsche mir eine Uni, die..."	27

IMPRESSUM:

PI-Rat 4/2008, Redaktion: Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft
V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss, C. Stuebs, Von-Melle-Park 8, 20146 HH

NEUESTE ERGEBNISSE AUS DEM EXPERIMENT "BACHELOR"

Versuchsaufbau

Montag 18.00Uhr, Bachelor-Vollversammlung, Anna-Siemsen-Hörsaal:

"Wo bleibt in einer 65 Semesterstundenwoche noch Zeit für Auseinandersetzung außerhalb des Stundenplans?"

"Wie soll ich, wenn ich keine Zeit zum Arbeiten habe die Studiengebühren zahlen?"

"Keiner fühlt sich angesprochen, jeder schiebt mich und das Problem von A nach B!"

"Könnte Ihr mir sagen wie viele Lehramt Bachelor-Studierenden später für den Master zugelassen werden und was ich mit meinem "Hilfslehrerstatus" überhaupt anfangen soll?"

"Wir sagen, wir haben Angst und wir bekommen ein Lächeln geschenkt!"

"Gibt es eigentlich eindeutige Antworten auf unsere Fragen?"

Antworten gab es für uns an diesem Abend keine, aber im Raum blieb die gemeinsame Überzeugung, dass sich an den aktuellen Zuständen etwas verändern muss!

Der erste Schritt auf dem Weg zu einem wieder selbständigen und kritischen Studium, war das Verfassen einer gemeinsamen Resolution, denn hinter unseren Wünschen stand weit

mehr als eine Reduzierung der Semesterwochenstunden!

Erklärung der Vollversammlung der Bachelor-Studierenden der Erziehungswissenschaft vom 26.11.2007

Der Bachelor ist unmenschlich und muss dringend geändert werden

Das Leitbild der Universität formuliert den Anspruch:

"Bildung mündiger Menschen: Ihren Bildungsauftrag sieht die Universität in der Entwicklung von Sachkompetenz, Urteilsfähigkeit und der Fähigkeit zu argumentativer Verständigung auf wissenschaftlicher Grundlage. Für alle Menschen will sie ein Ort lebenslangen Lernens sein und ein öffentlicher Raum der kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzung." Die aktuellen Lernbedingungen im Bachelor hingegen sind entmündigend und zerstören Möglichkeiten kultureller, sozialer und politischer Auseinandersetzungen.

Lernmotivation ist unter diesen Bedingungen nicht die Aneignung und Entwicklung von Erkenntnissen zur erweiterten Handlungsfähigkeit, sondern Angst: Angst vor nicht bestehen von Modulen, Angst vor Exmatrikulation, Angst vor "individuellem Scheitern". Was aber sollen das für

Pädagogen werden, die als Lernmotivation selber nur die Angst kennen lernen?

Wir wollen ein Studium für mündige Menschen, welches uns als Erwachsene ernst nimmt, die anhand inhaltlicher Transparenz der Lehre und der Studienanforderungen eigenständig über inhaltliche Schwerpunkte, Blick in andere Disziplinen, Arbeitsweise, etc. entscheiden können. Wir wollen Bildung und Wissenschaft, die die Herausbildung verantwortungsbewusster Persönlichkeiten ermöglicht, die Muße für politisches Engagement und kulturelle Entfaltung haben. (...)

Versuchsdurchführung

Für Mittwoch 14.00 Uhr waren wir gefragt bei der Fakultätsratssitzung teilzunehmen und unsere Kritik, Forderungen und Vorschläge persönlich zu äußern. Die Bedürfnisse, Ängste und Wünsche wurden von manch einem Anwesenden nicht selten belächelt und als Einzelfälle abgetan. Auch machte es den Anschein, dass viele Anwesende den Kern der Sache nicht erfasst haben. Uns überraschte, dass viele Anwesende keine klare Vorstellung von unseren aktuellen Studienbedingungen hatten. Die Sitzung wurde zwar mit gemischten Gefühlen verlassen, aber auch mit ersten Ergebnissen:

o Es soll in Zukunft mehr Kommunikation zwischen den Fachbereichen stattfinden, sodass einer Überschnei-

dung von Pflichtveranstaltungen vorgebeugt werden kann

o Anwesenheitspflicht galt als nicht diskutierbar

o Professoren müssen aufgeklärt werden über die Richtlinien des Bachelors

o Es soll eine Anlaufstelle für Fragen der Bachelor-Studierenden eingerichtet werden

o Ausserdem wurde uns ein erneuter Termin für eine Bachelor-VV zugesprochen!

Versuchsergebnis

Wir sind am Ende des Wintersemesters (für viele das erste Semester an der Universität Hamburg). Es wurde für uns und die kommenden Studierendengenerationen einiges, aber lange nicht alles erreicht!

Am 4. Februar um 18:00 (Anna-Siemsen Hörsaal) wird eine Bachelor-Vollversammlung mit Frau Arnold stattfinden.

Wir hoffen, wir werden nicht nur auf zahlreiche ungeklärte Fragen endlich Antworten bekommen, sondern auch unseren Wünschen und Vorstellungen von einem Studium, im Sinne des Leitbildes der Universität, ein Stück näher rücken. (JK/AH)

DER WAHRE ALLTAG DER BACHELORSTUDIERENDEN

So manch ein Lehramts-Bachelorstudierender, der in der Dezember-Ausgabe des Magazins "UNI-SCENE" den Artikel "Warum Studieren so cool ist" gelesen hat, wird sich verwundert die Augen gerieben haben. Denn jenem Text zufolge gibt es für uns Studierende "so viele tolle Partys, so viel Zeit zum Ausschlafen und so viel Ferien zum Reisen und Relaxen" wie sonst nie in unserem Leben. Länger als 13 Semester zu studieren, das Hauptfach zu wechseln und zwischendurch mal ein Jahr zu pausieren wird als ganz alltäglich dargestellt. Zum krönenden Abschluss zeigt eine Bildergeschichte noch den "ganz normalen" Donnerstag einer Studentin, der aus Sprachkurs, Chatten, Sport, Theater und Party zusammengesetzt ist.

Doch die Realität sieht völlig anders aus!

Denn im neu eingeführten Bachelor-Studiengang müssen sämtliche Lehrinhalte in nur 6 Semestern abgearbeitet werden, es ist genau vorgegeben, welche Module wann zu belegen sind und es bleibt noch nicht einmal Zeit, den Wissenshorizont durch den Besuch zusätzlicher Vorlesungen zu erweitern.

Als Lehramtsstudierender belegt man ja bekanntlich neben Erziehungswissenschaft zwei weitere Fächer. Je nach deren Kombination müssen manche Studis plötzlich 39, 45 oder

mehr Wochenstunden in Lehrveranstaltungen zubringen. Mit Vor- und Nachbereitung ist man dann ganz schnell bei 80 oder mehr Arbeitsstunden in der Woche. Fürs Essen bleibt da kaum noch Zeit und wenn man dann noch einen etwas weiteren Weg zur Uni hat, muss man sich mit etwa 4 Stunden Schlaf pro Nacht begnügen. Kann man unter diesen Bedingungen erfolgreich studieren? Und was ist mit der Gesundheit?

Noch problematischer sieht es für diejenigen aus, die Geld verdienen müssen, um überhaupt studieren zu können. Sie haben keine andere Wahl, als am Wochenende oder spät abends zu arbeiten, was dazu führt, dass ihnen noch weniger Zeit zum Lernen bleibt, sie während der Vorlesungen übermüdet einschlafen... - der perfekte Teufelskreis!

Ein weiteres Ärgernis sind die vielen Überschneidungen der Lehrveranstaltungen. Da man nicht an zwei Orten zur selben Zeit sein kann, ist man gezwungen, auf wichtige Informationen zu verzichten - was sicher nicht der Sinn des Studiums ist und es zudem nicht gerade leichter macht, bei den Klausuren gut abzuschneiden.

Am neu eingeführten Bachelor-System gibt es also offensichtlich noch einiges zu verbessern. Ein erster Schritt wäre sicherlich schon, wenn sich die einzelnen Fachbereiche

untereinander besser abstimmen würden. Und wenn dann noch weitere Schritte folgen, können vielleicht auch irgendwann einmal alle Studierenden

hin und wieder die vielfältigen kulturellen Angebote unserer Stadt genießen, wie es uns unsere Präsidentin bei ihrer Begrüßungsrede ans Herz gelegt hat. (Daniela)

BA/MA IN DER LEHRERBILDUNG DIE FREIHEIT DES STUDIUMS IN NEUEN STRUKTUREN?

.....
von Ingo Balzereit

Es ist vollbracht! Pünktlich zum Wintersemester 2007/2008 wurde das Lehramtsstudium auf zehn Semester festgelegt, modularisiert und den Studienanfängern sichtlich erschöpft vorgestellt. Bis zuletzt gab es nicht nur seitens der Studierenden, sondern auch der Lehrenden arge Bedenken, ob der Zeitpunkt für die Einführung des Bachelors (BA) für die Lehramtsstudiengänge richtig gewählt ist. Denn viele Baustellen konnten bis zum Anfang des Wintersemesters nicht abgeschlossen werden, zumal man auch nicht sicher ist, ob denn alle erkannt wurden. So beginnt eine neue Generation von Studienanfängern ihr Studium mit der Ungewissheit eines Umbruchs in der Lehrerbildung, aber den Beteuerungen der bestmöglichen Unterstützung des Fachbereichs Erziehungswissenschaft.

Früh stand fest, dass die Lehrerausbildung in Hamburg im Zuge der Schaffung einer vergleichbaren Hochschullandschaft in Europa ebenfalls in ein zweistufiges Studiensystem gefasst werden soll. Solch ein System, "[...] das sich im wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate) [...]"¹, wird in diesem Wortlaut

zwar in der Bologna-Erklärung erwähnt, unerwähnt bleibt hingegen, dass es sich hierbei notwendiger Weise um das Bachelor/ Master - System handelt. Doch unabhängig wie das Kind heißt, ist die Ausgestaltung entscheidend. Richtig ist, dass der erste Zyklus für den Arbeitsmarkt qualifizierend sein soll und mindestens (!) drei Jahre zu umfassen hat. Der Fachbereich Erziehungswissenschaft hat sich von Anfang an dafür stark gemacht, dass die Lehrerbildung nicht in drei Jahren erfolgen kann. Der Master, also der zweite Zyklus, schließt die universitäre Ausbildung ab und ersetzt somit das Staatsexamen. Hieraus ergibt sich, dass der Bachelor (sechs Semester) als das Grundstudium und der Master (vier Semester) als das Hauptstudium die Lehrerausbildung darstellen. Die neuen Studiengänge heißen "Lehramt an Gymnasien" (LAGym), "Lehramt der Primar- und Sekundarstufe I" (LAPS) und "Lehramt an Sonderschulen" (LAS). Studierende haben derzeit allerdings noch keine Übersicht über ihr gesamtes Studium, weil die Planungen der Masterstudiengänge aus verschiedenen Gründen noch nicht abgeschlossen sind. Wozu auch? Die Umstellung auf das BA/MA System hat ja erst 2010 zu erfolgen. Ein Master wird erstmalig von Nöten sein, wenn es die ersten BA-Absolventen am Fachbereich Erziehungswissenschaft gibt. Mit der Umstellung auf

den BA, nicht nur für die Lehrämter, sondern auch für die Diplomer/Magister, liege man ohnehin der Zeitplanung Bolognas voraus (und der, der Regierung der Hansestadt hinterher). Dadurch wird es möglich, evtl. nicht erkannte Baustellen des BA Lehramts fristgemäß zu beseitigen. Tatsächlich ist den Studienanfängern nur bekannt, wie die drei Jahre zum Bachelor gestrickt sind. Allerdings und dies ist sicherlich unvermeidlich, fehlen die Erfahrungswerte, nicht nur auf Seiten der Studierenden, sondern auch auf Seiten des Fachbereichs Erziehungswissenschaft, sodass beiderseitig gehofft wird, dass unlösbare Probleme nicht auftauchen.

Nun, wie sieht der Bachelor Lehramt eigentlich aus? Im Kern kann man sagen, dass das neue Studiensystem immer noch aus dem besteht, was seinerzeit (2001) ins Leben gerufen wurde und nach einer Erprobungsphase fest in die traditionelle Lehrerausbildung integriert worden ist: das Kerncurriculum (KC). Diese erste Reform schrieb den Studierenden die erfolgreiche Teilnahme einer bestimmten Anzahl von Veranstaltungen vor, die extra mit dem Kürzel KC gekennzeichnet worden sind. Da diese KC-Veranstaltungen aus verschiedenen Bereichen der Erziehungswissenschaft stammen, wurde sichergestellt, dass Kenntnisse über Kernfragen und -probleme in diesen Teilbereichen bei den Studierenden ausgebildet werden. Dies diente sowohl dem Fachbereich als auch den Studierenden zur Orientierung. Unter Berücksichtigung bestimmter Auflagen, ist den Studierenden freigestellt gewesen, beliebig viele andere Veranstaltungen, auch aus studiengangfremden Fachwissenschaften, zu besuchen. Festzuhalten ist, dass die jetzt auslaufenden Studiengänge sowohl der Notwendigkeit eines festen Kerns an Kenntnissen als auch dem

Bedürfnis der freien Erkundung und Entfaltung individueller Anlagen im Studium und durch das Studium ermöglichten.

Dieser "Kern" - Gedanke der Erziehungswissenschaft eines festen Curriculums wurde beibehalten bei der Konzeption des BAs. Doch anstelle der selbst zusammenzustellenden Veranstaltungen treten Module. Unter einem Modultitel werden mehrere Veranstaltungen zusammen gefasst. Das Modul gilt dann als bestanden, wenn alle Veranstaltungen innerhalb des Moduls abgeschlossen und eine weitere Prüfung bestanden wurde. Letztere wird notwendig (?), damit alle Inhalte der Veranstaltung erneut in einer gemeinsamen Prüfung gebündelt werden (Bologna Reader. Texte und Hilfestellungen zu Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen, hg. v. d. Hochschulrektorenkonferenz (HRK), 4. Aufl.,



Bonn 2005, S.287.). Veranstaltungen, die außerhalb dieser Module liegen, haben keine Relevanz für das erfolgreiche Studium - sofern man persönliche Weiterbildung als einen irrelevanten Lernprozess bezeichnen möchte - und kosten zudem kostbare Zeit, die doch besser in die vorgeschriebenen Pflichtmodule zu investieren ist. Im Übrigen ist die Unterscheidung zwischen Pflichtmodulen und Nicht-Pflichtmodulen unzulässig, da es zumindest in der Erziehungswissenschaft diese Unterscheidung im Bachelor nicht gibt. Lediglich der Lernbereich, der auch schon in der alten Studienordnung des Lehramtes an der Grund- und Mittelstufe vorgesehen war, ist das einzige Wahlpflichtmodul.

In den Modulen werden Leistungspunkte (LPs) gesammelt. Diese stellen die Währung dar und repräsentieren den zeitlichen Arbeitsaufwand für das Studium. In Hamburg sind für den Master 300 LPs zu erbringen. Diese setzen sich zusammen aus 180 LPs in der Bachelorphase und 120 LPs in der Masterphase. Somit sind von den Studierenden 30 LPs pro Semester zu erwerben. Diese 30 LPs verteilen sich in einem bestimmten Verhältnis, das von der Art des Lehramts abhängt, auf den erziehungswissenschaftlichen Teilstudiengang und die beiden Unterrichtsfächer.

Zeit ist die Währung der Studierenden. Nach den Modellrechnungen werden für das Erlangen eines einzigen Leistungspunktes 30 Arbeitsstunden veranschlagt. Somit ist mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ca. 40 Arbeitsstunden das BA-Studium abzuschließen; vorausgesetzt, dass individuelle Lernprozesse homogen sind. Außerdem bereitet den Studierenden Sorge, dass alle Teilstudiengänge in Modulen strukturiert sind. Das Bachelor-Studium in der Erziehungswissenschaft sieht genau

vor, wann welche Module, die zumeist auf zwei Semester sequenziert sind, innerhalb der sechs Semester zu belegen sind. Dies trifft für die Unterrichtsfächer nicht unbedingt zu. Hier wird teils mit Zeitfenstern gearbeitet. Module mit einer bestimmten Anzahl an Veranstaltungen haben dann innerhalb eines bestimmten Zeitraumes von bspw. drei Semestern zu erfolgen. So verfahren die verschiedenen Fachbereiche unterschiedlich mit der Modularisierung. Bei der Menge der miteinander kombinierbaren Unterrichtsfächer ist es ein Wunder oder mathematische Präzision, wenn es für den Einzelnen keine Überschneidungen im Studium gibt, welche die Studienzeit ggf um Jahre verlängern können. Es ist daher den Studierenden anzuraten, eine Modulprüfung zu bestehen und das Modul nicht zu wiederholen, damit die Wahrscheinlichkeit der Überschneidungsfreiheit nicht gesenkt wird. Weiterhin bleibt für Studierende zu hoffen, dass eine Finanzierung des Studiums nicht durch der eigenen Hände Arbeit geschehen muss, denn ein flexibles Planen der Veranstaltungen um die Arbeitszeit herum fällt weg. Wahlfreiheit gibt es überhaupt nur, je nach Angebot, innerhalb der für die Module vorgeschriebenen Veranstaltungen. Hier tummeln sich (zahlreiche) Seminare oder wenige Vorlesungen mit ähnlichen Titeln. Zusätzlich erschweren Sachzwänge, Raumgröße, Anzahl der Mitbewerber um einen Seminarplatz, etc. die Verteilung der Veranstaltungsplätze. Dies zu überschauen und eine bestmögliche Allokation vorzunehmen, wird dem Computer bei der STiNE gestützten Wahl überlassen. Das Absolvieren der Module steht für ein erfolgreiches (modul-)fristgemäßes Studium im Vordergrund. Ein selbst finanziertes Studium scheint derzeit nur durch ein Teilzeitstudium möglich zu sein, welches die Studienzeit automatisch verdoppelt.

Alle Module werden am Ende der Vorlesungszeit geprüft. Diese Prüfungsleistungen ergänzen die ohnehin schon erbrachten Studienleistungen. Diese feinsinnige Unterscheidung verdeutlicht nur, dass die Leistungen in den Veranstaltungen (Referate, Essays, Klausuren, etc..) nicht ausreichen, um ein Modul erfolgreich abzuschließen. Es erfolgt eine weitere Prüfung. Wie hoch die Durchfallquote bei den verschiedenen Modulen sein wird, kann heute aufgrund fehlender Erfahrungswerte nicht gesagt werden. Fest steht, dass der Prüfungsdruck auf die Studierenden erhöht wird. In den kommenden Kapazitätsberechnungen müssen daher wiederholende Personen bedacht werden, damit ihnen die Plätze in den Veranstaltungen nicht verwehrt bleiben, zumal ein rechtlicher Anspruch auf Wiederholung des Moduls besteht. Die Studierenden selbst werden ein großes Interesse daran haben, Module nicht wiederholen zu müssen, denn ein zweisemestriges Modul, sofern eine Überschneidung mit anderen Modulen vorliegt, zweimal 500,- Studiengebühren kostet. Es ist abzuwarten, ob die Vielzahl an hinzu gekommenen Prüfungen innerhalb der drei Teilstudiengänge das Studium attraktiv halten.

Ganz entscheidend ist auch, dass die zumeist zweisemestriges Modulstruktur in der Erziehungswissenschaft einen Auslandsaufenthalt über ein Semester innerhalb des BAs nicht zulässt. Der Einwand aus den Fachdidaktiken der Sprache ist daher berechtigt, dass ein Auslandsaufenthalt nur nach Abschluss des Studiums oder einer Teilphase in Erwägung gezogen werden könne.

Weitaus größere Sorge bereitet einigen, dass sie nicht wissen, was sie mit einem

BA-Lehramt anfangen sollen. Die Antwort ist an dieser Stelle eindeutig: Weiterstudieren, sofern man LehrerIn werden will. Der BA ist nur vergleichbar mit dem Grundstudium, nachdem man in den MA geht. Doch wenn sich die beruflichen Präferenzen geändert haben, bleibt für die LAGym immer noch der Wechsel in das Studium des ersten Unterrichtsfachs als Option bestehen. Bereits bei der Immatrikulation haben Studierende entschieden, welches ihrer beiden Unterrichtsfächer das erste und das zweite sein sollen. Diese Entscheidung könnte drei Jahre später von großer Bedeutung sein, wenn ein Wechsel in einen Master in einem der Unterrichtsfächer attraktiver erscheint, als der Klassenraum.

All jene, die ohne einen Master die Universität verlassen, tja... es gibt noch keine klaren oder unklaren Berufsaussichten und dies scheint nicht im Widerspruch zu stehen zu der oben zitierten Textstelle des Bologna-Readers oder werden etwa Lehrer nur mit einem "berufsqualifizierenden Grundstudium" eingesetzt? Pädagogische Praxis erhält der BA über vier Wochen nur durch ein Integriertes Schulpraktikum (ISP). Das zweite Praktikum, "das Kernpraktikum", findet nach bisheriger Planung im Master einsemestrig statt.

Es bleibt abzuwarten, ob sich das neue Studiensystem gegenüber den traditionellen Studiengängen bewährt. Eine Wahl haben die StudienanfängerInnen nicht. Es stellt sich aber die Frage, ob den Interessen der Studierenden dadurch gedient wurde, die Freiheit des Studiums derart in Strukturen zu zwingen, dass LehramtsanwärterInnen an der Universität die Fortsetzung des Stundenplans der Schule zu erkennen glauben.

“STUDIENINFONETZ” - EIN GESPRÄCH MIT DER STINE-BEAUFTRAGTEN FRAU PROF.DR. EVA ARNOLD

Zum wiederholten Male hat StINE zum Semesterbeginn zu vielen Problemen bei den Studierenden und Lehrenden geführt. Hierzu haben wir ein Gespräch mit Frau Prof.Dr. Eva Arnold, der Prodekanin der Fakultät und StINE Beauftragten, geführt.

Thema waren zunächst die Schwierigkeiten auf technischer Ebene, da unter anderem Systemfehler und Server-Probleme dazu geführt hatten, dass die Homepage gerade auch in der Anmeldephase über Tage nicht zu erreichen war und dass Studierende für Veranstaltungen erst angenommen und dann aus unerklärlichen Gründen vor Veranstaltungsbeginn vom System wieder abgemeldet wurden. Darüber hinaus sind Veranstaltungen, die von StINE als vollkommen "ausgebucht" angezeigt worden waren, bei der ersten Sitzung nur von einem Bruchteil der Angemeldeten besucht worden. An diesen Beispielen wird ersichtlich, wie sich die Bürokratisierung konkret auf die Gestaltung des individuellen Studiums auswirkt.

Nach Aussage von Frau Arnold wird kontinuierlich an dem System gearbeitet, jedoch ist auch im nächsten Semester davon auszugehen, dass erneut Serverprobleme auftauchen. Ihr Rat ist daher, sich möglichst frühzeitig anzumelden. Sie sieht das Problem weniger in dem Mangel an Seminaren - im Prinzip gebe es auf Basis von Berech-

nungen genügend Seminarplätze für alle - als in dem "Hamsterbuchungsverhalten" der Studierenden. Das Problem liegt ihr zufolge vor allem bei den StudentInnen der alten Studiengänge, die keine Vorgaben haben, wann sie was studieren sollen, da die neueren Berechnungen auf die ordnungsgemäße Abarbeitung des Pflichtstudiums ausgelegt sind. Der Bedarf an Seminarplätzen wird aber dadurch in die Höhe getrieben, dass viele sich während des Semesters entscheiden, das Seminar doch nicht mit einem Schein abzuschließen und in Folge dessen ein weiteres Seminar belegen müssen. Individuell sei dies bei Einzelnen aufgrund persönlicher Probleme sicherlich gut nachvollziehbar, aber im Grunde sei dies eine Verschwendung von Ressourcen.

Desweiteren stellt sich die Frage, welche Stellung StINE für die Bachelor-Studierenden und die der alten Studiengänge eigentlich einnimmt. Durch die unzureichende Informationsweitergabe an die Lehrenden und Studierenden kommt es zu vielen Unklarheiten und Gerüchten im Zusammenhang mit StINE und z.B. der Scheinanerkennungen. Für die StudentInnen der alten Studiengänge sei STINE nach Frau Arnold lediglich ein System zur Vergabe der Plätze in Veranstaltungen, die sich an der Zahl der Fachsemester orientiert. Es fänden keine Verbuchungen der Leistungen statt. Für die Studen-

Innen der Bachelor-Studiengänge sei STINE ein Prüfungs-Verwaltungs-System. Sie erhielten keine Scheine aus Papier, sondern ihre Leistungen würden über STINE verbucht. In Zukunft solle es auch die Möglichkeit geben die "schon vollbrachten eigenen Leistungen" auszudrucken.

STINEs Zweck sei die Verwaltung der neuen Studiengänge. Die Prüfungsverwaltung der Bachelor-Studiengänge sei mit dem alten System nicht mehr möglich. Durch die studienbegleitenden Modul-Prüfungen wäre auch das Prüfungsamt mit den vielen Prüfungsunterlagen überfordert. Außerdem biete die Dokumentation der Prüfungsergebnisse die Möglichkeit Widerspruch dagegen einzulegen. Es entstehe also eine Rechtssicherheit

und ein Schutz vor Verlust der Daten. Für Lehramts-StudentInnen gelte, dass für die Staatsprüfungen, die früher über das Lehrerprüfungsamt liefen, heute der Fachbereich zuständig ist, da das Lehrerprüfungsamt nicht jede Modulprüfung administrieren könne. Wir stellen also fest, dass das System StINE zur bürokratischen Verwaltung und Etablierung des unfertigen Konstruktes des unstudierbaren Bachelor-/Mastersystems dient. Die grundsätzlichen Fragen nach Sinn und Zweck von StINE, dem "integrierten Informations- und Kommunikationssystem für Studium und Lehre", bleiben bestehen: Was hat sich seit der Einführung wirklich verbessert? Was ist einfacher geworden? Wie ist das kontrollierende StINE-Programm mit einem kritischen Studium, das den Raum zu freier individueller Entfaltung ermöglichen sollte, zu vereinbaren?

Gerade was den Aspekt der Kommunikation zwischen Studierenden und Lehrenden betrifft, erfüllt StINE in keiner Weise die gestellten Ansprüche! Das Commsy-System hingegen, das schon seit mehreren Semestern am Fachbereich benutzt wird und an der Uni Hamburg entwickelt wurde, macht diese auch wechselseitig (!) schon seit langem auf verschiedenen Ebenen möglich. Etwas mehr Bewusstsein von den Mitgliedern der Universität für die - auch und gerade unter pädagogischen Aspekten bedeutsamen - Entwicklungen der Uni selbst wäre in diesem Zusammenhang sehr angebracht. (NG/SJ/MA)



FÜR EINEN PROGRESSIVEN WANDEL IN BILDUNG UND GESELLSCHAFT! FÜR EINE GEBÜHRENFREIE BILDUNG!

Wir sind Studierende der Universität Hamburg, die Studiengebühren grundsätzlich ablehnen und sie daher fortgesetzt boykottieren. Gemeinsam geben wir die folgende Erklärung ab:

Wider den marktorientierten Wandel! Für die Emanzipation!

Mit Einführung der Studiengebühren soll von ihren BefürworterInnen die neoliberale Neuausrichtung der Bildung auf der Ebene der Hochschulen durchgesetzt werden. Wissenschaftliche Bildung wird so zur Ware, jeder Anspruch auf Entfaltung der Persönlichkeit, jede Herausbildung kritischer Urteilsfähigkeit soll verhindert werden. Ein Studium dient nach diesem "Bildungsverständnis" allein der Herstellung gewinnbringend verwertbarer Akademiker. Die Durchsetzung dieser reinen Marktorientierung würde jeden kritischen Gesellschaftsbezug aus der Wissenschaft tilgen. Das Ergebnis wäre damit eine erhebliche Senkung des wissenschaftlichen Niveaus. Die Einführung der Studiengebühren richtet sich gegen das Erfordernis und die Möglichkeit, tendenziell allen Menschen Bildung auf höchstem Niveau zu ermöglichen. Stattdessen steigern die Studiengebühren die undemokratische soziale Selektivität des Bildungswesens.

Gebühren sind politisch gescheitert!

Der Erfolg des Boykotts als Höhepunkt jahrelanger Proteste und Aufklärung gegen die Studiengebühren ist, dass die beabsichtigte neoliberale Umdeutung der Bildung und Wissenschaft nicht greift. Die Studierenden werden nicht unkritischer, sondern leisten Widerstand: für das aktuelle Semester konnte die massenhafte Befreiung von den Gebühren (11.000 Studierende plus 1.200 laufende Anträge) erkämpft werden, wurde in großer Zahl solidarisch boykottiert (4.600 Studierende), haben weitere 6.000 Kommilitonen zunächst nicht gezahlt. Das Ergebnis: Zum Zahltag hatten keine 16.000 der knapp 39.000 Studierenden der Universität Hamburg ihre Gebühren überwiesen. Demnach sind dies keine "allgemeinen", sondern "Minderheitsgebühren"!

Die große Mehrheit der Studierenden steht den Gebühren kritisch gegenüber. 2005 stimmten in der mit 13.000 Studierenden beteiligungsreichsten Urabstimmung in der Geschichte der Universität Hamburg 95% für die Gebührenfreiheit. In der bundesweiten Studie "Gebührenkompass.de" lehnten im Jahr 2007 mit 75% überdurchschnittlich viele Hamburger Uni-Studierende das Bezahlstudium grundsätzlich ab (bundesweit 60%). In der Gesamtbevölkerung ein ebenso ein-

deutiges Bild: Laut "Politbarometer" lehnen 83% der Befragten generelle Studiengebühren ab (2005). Die Studiengebühren sind politisch gescheitert - sie erzielen nicht die beabsichtigte Wirkung und finden weder bei den Studierenden noch in der Bevölkerung Akzeptanz.

Exmatrikulation der Kritik?

Der Hamburger CDU-Senat und sein "Wissenschaftsmanager" Dräger stemmen sich brachial gegen diese Tatsache. Entgegen der eigens geschaffenen gesetzlichen Grundlage haben sie die Hochschulen erneut angewiesen, alle zahlungssäumigen Studierenden im laufenden Semester zu exmatrikulieren. Die treu konservative Universitätspräsidentin Monika Auweter-Kurtz hat aktuell die Universitätsverwaltung veranlasst, nun 3.500 Studierenden schriftlich die Exmatrikulation anzudrohen, sollten sie nicht innerhalb von zwei Wochen zahlen. Diese Maßnahme ist politisch falsch, juristisch unrechtmäßig und umgehend rückgängig zu machen! Wir fordern die Universitätspräsidentin zum sofortigen Rücktritt auf! Auch für die Präsidentin gelten die Maßstäbe des Leitbildes der Universität ("Ort lebenslangen Lernens für alle Menschen", "demokratische Beteiligung", "Willen zur Konfliktlösung") und die wiederholt bekräftigten gebührenablehnenden Beschlüsse des Akademischen Senats. Wer stattdessen die Studierenden bekämpft, kann nicht Präsidentin der Universität sein. (Hochschulfeind Dräger ist ohnehin

überfällig.)

Die Steigerung der Zahl der mit einer solchen Exmatrikulationsandrohung angeschriebenen 1.939 Studierenden im letzten Semester auf nun 3.500 Personen verdeutlicht neu: Kein Darlehensmodell und kein noch so umfangreicher Befreiungskatalog kann verhindern, dass Studiengebühren sozial selektiv wirken. Sie verstoßen damit offenkundig gegen das Grundgesetz, den UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (*s.u.) sowie gegen das ursprünglich gebührenermöglichende Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Deshalb:

- Wir fordern die sofortige Rücknahme aller Exmatrikulationsandrohungen und die umgehende und rückwirkende Abschaffung der Studiengebühren!

- Bildung muss für alle - ob in Kita, Schule, Hochschule oder Erwachsenenbildung - gebührenfrei sein!

Die Gebührenfreiheit der Bildung ist für uns wesentlicher Schritt für die Durchsetzung ihrer emanzipatorischen Orientierung. Bildung muss "auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken." (*s.o.) Sie muss allen Menschen jederzeit ermöglichen, in kritischer Erkenntnis der Welt solidarisch die gemeinsamen Lebensbedingungen zu verbessern.

Wir führen unseren solidarischen Kampf fort!

11.01.2008

LINKSVERSCHIEBUNG DIE ZU KONSEQUENZEN DRÄNGT! ZU DEN ERGEBNISSEN DER WAHLEN ZUM STUDIERENDENPARLAMENT

Allerlei Erfreuliches erbrachte die Wahl zum Studierendenparlament für die Legislatur 2008/09:

- Die Wahlbeteiligung ist nahezu um 2 Prozent gestiegen, so dass trotz gesunkener Zahl der Studierenden um gut 3.000 Menschen erneut ca. 8.600 Leute gewählt haben. Beides ist auf die Studiengebühren bzw. das kritische Engagement gegen sie zurückzuführen. Resignation hat sich nicht breitgemacht.
- Die Senatsjugend von RCDS/CDU-Hochschulgruppe ist nicht wieder im

SP vertreten und hat ihre zwei Sitze verloren.

- Die bisherige AStA-Koalition der Verwaltung des Elends von Gebühren, StiNE, Ba/Ma und Sparpolitik verliert insgesamt ebenfalls einen Sitz, während die linke Opposition für die kämpferische Perspektive der Gebührenüberwindung und schärfere Gegerschaft zum politischen Senat und der stichwortgebenden Handelskammer insgesamt 3 Sitze hinzugewinnt. Der Regenbogen erzielt das beste Ergebnis seit seinem Bestehen, was

Liste	Stimmen	Prozent	Sitze
Liste LINKS	285 (+69)	3,34 (+0,83)	1 (+/-0)
harte-zeiten/ ju.-soz.	161 (-8)	1,88 (-0,09)	0 (+/-0)
Fachschaftsbündnis	354 (+42)	4,14 (+0,51)	2 (+/-0)
Linke.SDS (vorher Intern.HWP+WASG)	630 (+41)	7,37 (+0,52)	4 (+1)
Regenbogen (vorher ReBo+FSLggGeb)	1234 (-224)	14,44 (-2,52)	7 (-3)
St. Pauli	108 (-63)	1,26 (-0,73)	0 (+/-0)
AP/ DP	51 (+51)	0,60 (+0,60)	0 (neu)
CampusGrün	809 (neu)	9,47 (neu)	5 (neu)
Realos ("Juso-hsg")	1330 (-13)	15,57 (-0,05)	8 (-1)
Sprach/Geiwiss	461 (+160)	5,40 (+1,90)	3 (+1)
his verjus	7 (neu)	0,08 (neu)	0 (neu)
Mediziner/Marb.Bd	667 (+111)	7,81 (+1,34)	4 (+/-0)
MIN-Liste	310 (+46)	3,63 (+0,56)	2 (+/-0)
Jura-Liste	525 (-7)	6,14 (-0,05)	3 (+/-0)
wiwi-Liste	681 (-75)	7,97 (-0,82)	4 (-1)
Liste Ausl. Stud.	246 (-5)	2,88 (-0,04)	1 (-1)
RCDS /CDU	162 (-81)	1,90 (-0,93)	0 (-2)
Liberale-Hsg	523 (+181)	6,12 (+2,14)	3 (+1)
Wahlbeteiligung	8595 (-71)	23,69 (+1,94)	

jedoch dadurch begünstigt ist, daß die ebenfalls politisch linksliberalen Hochschulgruppen medizin-sozial und insbesondere die Fachschaftsliste gegen Studiengebühren nicht angetreten sind.

Die Listen des Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!) (Fachschaftsbandnis, harte zeiten hochschulgruppe, Liste LINKS) haben 103 Stimmen hinzugewonnen, was trotzdem aber knapp (3 Stimmen für die Liste Links) an einer Sitz-Mehrung vorbeiging.

Die beiden "Newcomer" Campusgrün und LINKE.SDS (Vereinigung der bisherigen "Internationalen HWP-Liste" und der "WASG-Hochschulgruppe"*) haben mit fünf und vier Sitzen die linke Seite im politischen Spektrum vergrößert.

Erstaunlich sind die Hinzugewinne der bisherigen AStA-Listen "MathematikInformatikNaturwissenschaften" ("MIN") und "Geisteswissenschaften" ("Geiwi"), da hier eigentlich nur hochschulpolitisches Abtauchen und Funkstille zu verzeichnen waren - ein Kuriosum.

Die Realo-Jusos konnten trotz ihrer politischen Enthaltbarkeit des letzten Jahres insbesondere im Kampf gegen die Gebühren ihr Ergebnis weitgehend halten. Insgesamt scheint die diesjährige StuPa-Wahlentscheidungen auch vom Blick auf die Bürgerschaftswahlen am 24. Februar bestimmt zu sein. So sind gerade das Ergebnis vom RCDS und den Jusos als Votum gegen den CDU-Senat zu ver-

stehen.

Die neue politische Konstellation macht einen AStA-Wechsel möglich. Wenn die Realo-Jusos, der Regenbogen, Campusgrün und die Linke.SDS verantwortungsvoll reflektieren, ist ein AStA zu bilden, der das fundierte Engagement gegen Studiengebühren ernst- und aufnimmt sowie die gestuften Abschlüsse Bachelor und Master (einschließlich der überaus strengen "STiNE") einer kritischen Revision unterzieht.

Ein Ärgernis bleibt, dass auch bei diesen Wahlen Täuschungsmanöver gegenüber den Studierenden noch zuviel Erfolg zeigten (die Jusos sind keine Jung-Sozialisten, Fakultätslisten wie "MIN" und "Geiwi" sind mitnichten in den Fakultäten verankert, die Zahl von Listenkandidierenden ist bisweilen umgekehrt proportional zum Campus-Engagement). Der FSR wird sich mit ins Zeug dafür legen, dass hinkünftig nicht Marketing und schnell gemachte Versprechungen sondern mehr Analyse, das Herstellen gedanklicher Zusammenhänge, die politische Perspektivbildung, die Begründung von Forderungen und intellektuelle Ermunterung zu aussichtsreichem Engagement dominieren.

Das Ergebnis fordert zu neuen Schritten einer besseren Interessenvertretung heraus. Dieser Möglichkeit wird schwer auszuweichen sein. (TP)

Reinhard Jellen, gekürzter Telepolis-Artikel vom 02.01.2008

"GERADE DAS VERMEINTLICH UNPOLITISCHE IST IN HÖCHSTEM GRADE POLITISCH"

INTERVIEW MIT DEM SOZIOLOGEN BERND HAMM ÜBER DIE ZUNEHMENDE IDEOLOGISIERUNG DER MEDIEN

.....
Herr Professor Hamm - nach gängiger Meinung müssten die Medien eigentlich, um attraktiv für die Werbewirtschaft zu sein, ihre Auflagen steigern und zu diesen Zweck permanent mit sensationellen und skandalösen Enthüllungen der herrschenden Politik aufwarten. Können Sie uns sagen, warum dieses Kalkül nicht oder nicht mehr funktioniert?

Bernd Hamm: Es funktioniert aus drei Gründen nicht mehr:

Erstens ist der Konzentrationsprozess in den Medien rasch fortgeschritten, sowohl international als auch in Deutschland. Es sind nur noch wenige Konzerne, die die Medienlandschaft beherrschen.

Zweitens neigen die Eigentümer - von Springer über Bertelsmann, Bauer, Burda oder Holtzbrinck - alle einem politisch konservativen, wirtschaftsfreundlichen, sozial und ökologisch wenig sensiblen Weltbild zu. Nehmen Sie Bertelsmann, einen Konzern, der sein Geld vor allem mit Unterhaltung macht, übrigens durch alle Mediensparten hindurch. Das sieht vordergründig nur nach Geldverdienen aus - und propagiert wird tatsächlich eine überaus konservative, christlich angehauchte Vorstel-

lung davon, wie Gesellschaft sein sollte. Viel deutlicher wird das allerdings bei der Bertelsmann-Stiftung, die die Zwangsammerikanisierung unserer Hochschulen, den betriebswirtschaftlich - statt am Gemeinwohl - ausgerichteten Umbau der Kommunalverwaltungen mit grossem Erfolg mit betrieben hat. Dort gibt es auch einen Fortschrittsindex für alle Länder der Erde - wobei Fortschritt verstanden wird als Ausrichtung an kapitalistischen Prinzipien und an westlichen Vorstellungen von Mehrheitsdemokratie. Das ist der Absicht nach diktatorisch und hat mit Toleranz und Empathie für andere Kulturen nichts zu tun. Das gilt aber auch für den wenig sichtbaren schwäbischen Riesen Holtzbrinck: Der hat inzwischen (neben zahlreichen Zeitungen) alle wichtigen Taschenbuchreihen (bis auf Suhrkamp) aufgekauft und sogleich kritische Reihen - wie Rororo-Aktuell oder Fischer alternativ - eingestellt. Drittens hängen heute alle Medien entscheidend von den Werbeeinnahmen ab. Auf weite Strecken kann man sagen, dass die redaktionellen Teile dazu dienen, der Werbewirtschaft die entsprechend selektierten

Publika anzuliefern. Das aber hat zur Folge, dass sich alle Medien heute durchgehend an den Einstellungen und Wünschen der kaufkräftigen Mittelschicht orientieren. Deshalb ist die Medienbotschaft insgesamt homogener und eintöniger geworden, obgleich die äusserliche Vielfalt des Medienangebots kaum noch zu überblicken ist. Die Ausnahmen - taz und junge Welt im Printbereich, Deutschlandfunk beim Radio - seien immerhin erwähnt.

Spielt die Entwicklung der Medien in den USA eine besondere Rolle in diesem Prozess?

Bernd Hamm: In den USA ist nicht nur der Prozess weiter fortgeschritten als bei uns, es ist auch häufiger, dass die Medieneigentümer - Rupert Murdoch, Summer Redstone etc. - sich ausdrücklich und gänzlich unverblümt als politische Missionare sehen und betätigen. Die enge Beziehung etwa zwischen Murdoch und G.W. Bush (ich vermeide bewusst die Bezeichnung "Präsident", weil die Wahlen der Jahre 2000 und 2004 nachweislich gefälscht worden sind - haben deutsche Medien darüber ausreichend berichtet?) ging so weit, dass extra seinetwegen das Gesetz über die Besitzrechte an landesweit verbreiteten Fernsehsendern geändert worden ist, und Tony Blair soll ihn vor wichtigen Entscheidungen persönlich konsultiert haben, so dass er einmal als stilles Mitglied des britischen

Kabinetts bezeichnet worden ist. Aber die enge Bindung zwischen Helmut Kohl und Leo Kirch, von dem Kohl bis in seine Amtszeit als Bundeskanzler hinein Geld bezogen haben soll, zeigt, dass dies keineswegs amerikanische Ausnahmen sind. Natürlich fällt einem in diesem Zusammenhang Silvio Berlusconi ein, der sein Medienimperium in kaum erreichter Schamlosigkeit benutzt hat, um sich politische Macht zu verschaffen, und der seine Macht genutzt hat, um sich gegen strafrechtliche Verfolgung wegen seiner zahlreichen Vergehen zu schützen.

Gab es hierzulande einen Bruch von der gesellschaftlichen Selbstaufklärung hin zu Ideologie, Infotainment und Propaganda?

Bernd Hamm: Das würde ich in der Tat so sehen, zumindest als Tendenz. Ein gutes Beispiel ist der Spiegel, der unter Stefan Aust nach rechts gewendet und dem Focus immer ähnlicher wurde. Am deutlichsten wurde das vielleicht in der journalistischen Behandlung der Anschläge vom 11. September 2001: Nachdem Aust und Schnibben in ihrem Buch die offizielle Linie quasi kodifiziert hatten, wurde jeder Zweifel an dieser Interpretation abgewehrt, lächerlich gemacht und zur haltlosen Verschwörungstheorie erklärt.

Das hat sicher mit seriösem Journalismus wenig zu tun, wie sich an der

Aufarbeitung dieser Ereignisse in den USA zeigen wird. Aber das gilt für andere auch: Die ZEIT, früher einmal linksliberal, ist - beginnend mit Helmut Schmidt - behäbig rechts geworden, FAZ und WELT waren das schon immer, aber die Frankfurter Rundschau und die Süddeutsche Zeitung sind nahe an sie heran gerückt. Das gesamte Spektrum hat sich verschoben. Wenn man einmal die alten Kategorien bemüht von links (sozial, internationalistisch, pazifistisch) und rechts (eher nationalistisch, im Interesse der Reichen, "realpolitisch") - dann ist das ganze Spektrum nach rechts verschoben worden, und zwar von den Eigentümern, die sich die dafür geeigneten Redakteure und Journalisten herausgesucht haben. Es geht heute überwiegend um Kommerz - aber gerade das ist die Perspektive, die sich für soziale Ungerechtigkeit, Frieden, Sicherheit, Menschenrechte faktisch wenig interessiert, obgleich sie die verbal immer vor sich her

trägt. Es ist doch auffällig, wie sehr sich das Spektrum der politischen Diskussion bei uns verändert hat: Wenn es in den späten sechziger Jahren "links" war, über die Enteignung von Springer, über die öffentliche Kontrolle der Grossbanken nachzudenken und die in der UNO diskutierte Neue Weltwirtschaftsordnung zu begrüßen, wird heute schon als "links" verschrien, wer die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere verlängern will. Wir sind uns gar nicht bewusst, in welchem Ausmass hier eine Gehirnwäsche stattgefunden hat, die Themen jenseits des neoliberalen Mantras einfach nicht mehr zulässt.

In welchem Zeitraum hat sich diese ereignet?

Bernd Hamm: Die neoliberale Wende ist um die Mitte der siebziger Jahre eingeleitet worden. Den rechten Propagandisten ist es mit immensen Geldern gelungen, für die 1974 im Gefolge der Ölpreiskrise einsetzende Wirtschaftsflaute die



**Für einen politischen AstA
anstatt kindische Corporate Identity Kacke !!**

sozialdemokratischen Regierungen verantwortlich zu machen und mit entsprechenden Wahlkampfmitteln 1979 Margret Thatcher in Grossbritannien, 1980 Ronald Reagan in den USA und 1982 Helmut Kohl in Deutschland als Regierungschefs an die Macht zu bringen. Die haben dann die neoliberale Agenda vollzogen. Vor allem haben sie die "Liberalisierung" des Kapitals durchgesetzt mit dem Ergebnis, dass heute fast alle grossen und vor allem die börsennotierten Medienunternehmen von institutionellen Anlegern beherrscht und nach den Kriterien der maximalen Auflage/Einschaltquote, also des kurzfristig maximalen Profits geführt werden.

Welche Rolle spielt hierbei der Spiegel, der vom "Sturmgeschütz der Demokratie" zur neoliberalen und nationalistischen Speerspitze mutierte? Könnte der Rauswurf von Stefan Aust und Matthias Matussek positive Auswirkungen auf die deutsche Medienlandschaft haben?

Bernd Hamm: Es ist doch bezeichnend, dass ausgerechnet Springer's Welt, Sprachrohr der Rechten, den Rauschmiss von Aust kommentiert mit den Worten: "Eine Verschwörung von Missgünstigen hat "Spiegel"-Chefredakteur Stefan Aust gestürzt. Mit ihm werden all jene guten Schreiber gehen, die er aufgebaut hat. Jetzt kann die Koalition der Mittelmäßigkeit wieder ihren gefühlslinken Pamphletismus pfl-

gen". Völlig undenkbar, dass vor zwanzig, dreissig Jahren ausgerechnet die Springer-Welt den Spiegel gelobt hätte. Man achtet dort mit Argusaugen darauf, dass niemand vom rechten Weg abkommt.

Wie beurteilen Sie die Einführung des Privatfernsehens (und -hörfunks) im Hinblick auf das Wegbrechen kritischer Komponenten in Rundfunk und TV?

Bernd Hamm: Schon die Einführung des ZDF sollte ja einen CDU-nahen Gegenpol zur angeblich SPD-unterwanderten ARD setzen - die politische Auseinandersetzung darüber, wer die Medien kontrolliert, hat lange vor den Privaten begonnen und findet im Streit um Sitze in den Rundfunkräten ihre meist stille Fortsetzung. Natürlich hat das private Fernsehen eine zentral wichtige Rolle bei der Trivialisierung der Medien gespielt: Sie haben mit Unterhaltung Quote gemacht und so die Werbemittel abgeschöpft, so dass die Öffentlich-rechtlichen nur mühsam mithalten konnten. Es handelt sich aber grade nicht, wie manche vermuten, um eine Entpolitisierung - im Gegenteil: Gerade weil sie sich ausschliesslich an die schon erwähnte kaufkräftige Mittelschicht richten und gedankenloses Konsumieren propagieren, werden die unterschwellig verbreiteten Gesellschaftsbilder und politischen Einstellungen vor allem dem Kommerz gefällig. Gerade das vermeintlich

Unpolitische ist in höchstem Grade politisch.

Man möchte meinen, die "Bewusstseinsindustrie" (Hans Magnus Enzensberger) hat nun jenen ideologischen Perspektivwechsel von der Selbstaufklärung zur Selbstentmündigung der Gesellschaft erreicht, die ihr seit den Sechziger Jahren kritisch unterstellt wurde. Warum interessiert das heutzutage keinen Menschen mehr, inklusive jener, welche sich aufgrund dieser Kritik seinerzeit profiliert haben?

Bernd Hamm: Ja, das ist ebenso richtig wie bedrückend. Gerade Enzensberger hat im Zusammenhang mit dem Golfkrieg 1990/91 kritiklos und ohne Quellenangabe jene Formel als Titel eines Spiegel-Essays verwendet, die die PR-Agentur Hill & Knowlton im Auftrag der kuweitisch-amerikanischen Stiftung erfunden hatte: Saddam = Hitler. Das gehört in die gleiche Kategorie wie die (frei erfundene) Geschichte von den irakischen Soldaten, die in kuwaitischen Krankenhäusern Frühgeburten aus den Inkubatoren gerissen und auf dem Boden zu Tode gebracht hätten. Ein ganz erheblicher Teil dessen, was uns heute als Nachrichten präsentiert wird, wird von solchen Agenturen im Auftrag von Regierungen und grossen Unternehmen verfasst und von den Medien, die ihre eigenen Redaktionen massiv ausgedünnt haben, oft ohne Angaben von Quellen verbreitet.

Das Weltbild, das uns so quer durch die Medien angeeignet wird, stammt wesentlich aus solchen Quellen und stellt die Wirklichkeit verzerrt durch die Brillen der jeweiligen Interessen dar. Auch diejenigen, die sich des Problems bewusst sind und deshalb verschiedene Medien konsultieren, haben kaum eine realistische Chance, dem faktischen Einheitsbrei zu entkommen.

In bestimmten politischen und medialen Debatten sind höchst zweifelhafte Aussagen über Wirtschaft und Gesellschaft - wie z.B. die These vom Segen der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und der Privatisierung öffentlicher Güter oder die Aufteilung der Welt in "Gute" (wir) und "Böse" (dort) - bereits solange Voraussetzung und nicht mehr Gegenstand der Untersuchung, dass die Realität und ihre Darstellung scheinbar identisch geworden sind. Welche Rolle spielt in diesem Prozess die Ökonomisierung und kapitalistische Ausrichtung der Medien? Welche Auswirkung hat die kritische ökonomische Situation auf die hiesige Medienlandschaft? Kann es Ihrer Meinung nach ein so großes Auseinanderdriften von Deutung und Realität geben, dass die Medien von selbst wieder zu einer kritischen Berichterstattung übergehen?

Bernd Hamm: Das hängt mit der einfachen Tatsache zusammen, dass wir jede Information, die sich auf

Dinge jenseits unserer unmittelbaren Wahrnehmung bezieht, nur noch durch Medien, nur noch sekundär empfangen können.

Diese Medien sind aber nicht mehr - wenn sie es denn je waren, aber davon geht ja z.B. unsere Verfassung, davon geht unser politisches Selbstverständnis aus - neutrale, objektive Beobachter und Berichterstatter, schon gar nicht mehr sind sie Kontrolleure der Macht. Sie sind vielmehr Instrumente in den Händen der Mächtigen geworden. Dazu gehört, dass die Medien, selbst überwiegend kapitalistisch verfasste Unternehmen, natürlich die Grundprinzipien kapitalistischer Gesellschaftsorganisation nicht angreifen werden - ausser wenn sich daraus punktuell Profit schlagen lässt. Dazu gehört auch, dass die Medien systematisch verschweigen, was unsere Gesellschaften im Innersten umtreibt: die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, das, was Marxisten Klassenkampf nennen. Medien sind hier Partei, nämlich Teil des Kapitals und von ihm abhängig, und werden schon deshalb alles unternehmen, unsere Gesellschaft als wenigstens dem Prinzip nach sozial gerecht und demokratisch darzustellen, auch wenn das längst nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Eine realistische Chance, dass die Medien selbst wieder zu einer kritischen Berichterstattung übergehen,

besteht in meiner Wahrnehmung nicht. Schon die Selektion der vielen Bewerber in die wenigen Positionen festangestellter Redakteure erfolgt mehr nach Kriterien des Gehorsams als der kritisch-selbstständigen Wahrheitssuche. Da gleichen die Medien übrigens in mancher Hinsicht den Hochschulen, die ebenfalls durch eine rigide epistemologische Säuberung getrieben worden sind.

(...)

Wie sehen Sie die Zukunft der medialen Entwicklung weltweit und in Deutschland?

Bernd Hamm: Die Herrschaft des Kapitals über die Medien, weltweit ebenso wie bei uns, wird sich weiter perfektionieren. Da es kaum mehr Alternativen gibt, wird es auch zunehmend schwierig, sich die Informationen zu beschaffen, die für eine eigene kritische Meinungsbildung unerlässlich sind. Die Bewusstseinsindustrie hat ihr Ziel erreicht: Unsere Wahrnehmung der Dinge, unsere Meinungsbildung folgt einem industriell organisierten Prozess. Es ist dafür besonders bezeichnend, dass sich die Medienforschung, die es ja erfolgreich gibt, dem wenig Aufmerksamkeit widmet. Ihr gilt der "mündige Konsument" als das wichtigste Objekt.

(...)

(Quelle: Telepolis Artikel-URL:
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26857/1.html>)

NEUES VON DER VOLKSINITIATIVE "EINE SCHULE FÜR ALLE"

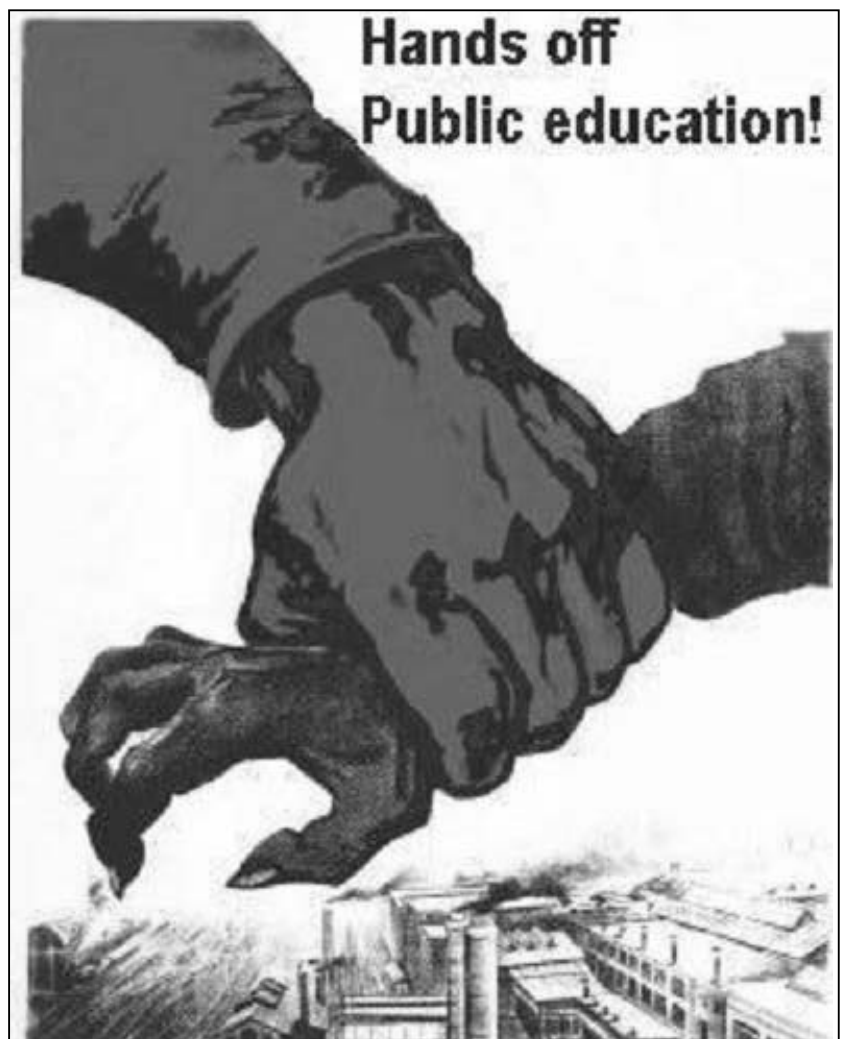
Das erste Etappenziel im Rahmen der Initiative "Eine Schule für alle" ist Anfang Januar erreicht worden. Die erforderliche Zahl von 10.000 Unterschriften ist mit 15.550 weit überschritten. Die Unterschriften wurden am 7.1.08 der Verwaltung im Rathaus übergeben.

Sprecherin der Volksinitiative, Karen Medrow-Struß: "Wir freuen uns sehr über den Erfolg! In nur acht Wochen, bei nasskaltem Wetter, trotz einer starken Gegenoffensive der CDU und behindert durch die Behörde für Bildung und Sport war die Volksinitiative letztlich erfolgreich!"

Die Behörde für Sport & Bildung hatte über die Rechtsabteilung des Amtes für Verwaltung einen Brief an alle Schulleitungen und an das Institut für Lehrerbildung schicken lassen, mit dem das Sammeln von Unterschriften auf dem Schulgelände oder bei schulischen Veranstaltungen mit der Behauptung verboten wurde, es sei "geeignet, den Schulfrieden zu stören."

Beim Sammeln von Unterschriften an unserem Fachbereich wurde in Gesprä-

chen und Diskussionen mit Lehrenden wiederholt deutlich, dass es keine wissenschaftlichen Gründe für ein Beibehalten des Status Quo gibt. (Das Zwei-(bei Nichtausblenden der Sonderschule eigentlich Drei-)Säulen-Modell der Hamburger CDU ist kein wirkliches Umsteuern.) Diese Einschätzung wird unterstützt durch den Beschluss, den der Fakultätsrat Erziehungswissenschaft, Psychologie, Bewegungswissenschaft am 12.12.2007 einstimmig gefasst hat:



”Der Fakultätsrat [...] unterstützt die Volksinitiative ”Eine Schule für alle” und regt die Mitglieder der Fakultät an, sich auch im Rahmen der Lehrveranstaltungen mit den Zielen der Initiative auseinanderzusetzen, um allen eine souveräne Entscheidung über eine Unterstützung der Initiative zu ermöglichen. In dem Beschluss kommt auch die wissenschaftliche Kompetenz speziell der Erziehungswissenschaft und der Psychologie stellvertretend für alle KollegInnen zum Ausdruck.”

Für den Herbst ist die zweite Phase der Volksgesetzgebung geplant, dann müssen für das Volksbegehren inner-

halb von drei Wochen die Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten gesammelt werden. Die Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft werden die Initiative bei ihrem Vorhaben weiterhin unterstützen. (FM)

Weiterlesen? z.B. hier:

<http://gew-hamburg.de/hlz/> (Homepage der Hamburger Lehrerzeitung der GEW Hamburg)

<http://www.ichkaempfeufuereineschule.de> (Homepage der Volksini ”Eine Schule für Alle”)

<http://www.gesamtschule-hamburg.de/> (Homepage des Arbeitskreises Gesamtschule in Hamburg)

PODIUMSDISKUSSION: “BILDENDE POLITIK?”

.....

Am 31.Januar veranstalten die Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft um 18h im Anna-Siemsen-Hörsaal (Von-Melle-Park 8) anlässlich der Bürgerschaftswahl in Hamburg eine Podiumsdiskussion zur Bildungs- und Hochschulpolitik. Die Veranstaltung steht unter dem Motto ”Bildende Politik?” und es werden verschiedene ParteienvertreterInnen anwesend sein:

- Joachim Bischoff (LINKE),
- Wolfgang Beuß (CDU),
- Katharina Fegebank (GAL),
- Philipp-Sebastian Kühn (SPD),
- Sylvia Canel (FDP).

Wir halten es für wichtig, dass alle Mitglieder der Universität vertreten sind und würden uns daher sehr über euer zahlreiches Kommen freuen!

Auf eine interessante und gepfefferte Diskussion!

AUTONOMES SEMINAR IM KOMMENDEN SEMESTER

"MENSCHENBILDER IN DER PÄDAGOGIK - EMANZIPATORISCHE THEORIEANSÄTZE UND PRAKTISCHER VERFALL"

Im kommenden Sommersemester startet unter dem Titel "Menschenbilder in der Pädagogik - Emanzipatorische Theorieansätze und praktischer Verfall" ein autonomes Seminar am Fachbereich. Es wird am Dienstag von 14-16h in Raum 207 stattfinden. Die Sitzungen werden von Studierenden gestaltet werden und es wird genügend Raum für Gespräch und Diskussion geben. Prof. Dr. Claußen wird es als Mentor begleiten.

Das Seminar ist konzeptuell an das Seminar "Menschenbilder in der Psychologie" angelehnt, das seit den 70er Jahren am Fachbereich Psychologie stattfindet, jedoch ständig von der Abwicklung bedroht war und auch aktuell ist. (<http://www1.uni-hamburg.de/menschenbilder/>).

Ziel

Jedem (pädagogischen) Handeln liegt ein bestimmtes (mehr oder weniger bewusstes) Menschenbild zugrunde. Ziel des Seminars ist es mit einer historischen Perspektive nach den bestimmenden Menschenbildern, die verschiedenen pädagogischen Theorien zugrunde liegen, zu

forschen. Außerdem soll einer Darstellung und Diskussion von Positionen der Kritischen Erziehungswissenschaft bzw. der Kritischen Psychologie und dem ihnen zugrunde liegenden Menschenbild Raum gegeben werden. Ein weiteres Anliegen des Seminars ist die kritische Reflexion bzw. Ergründung des Menschenbildes gehen, das den aktuellen Umstrukturierungen im (Hoch-)Schulbereich zugrunde liegt, um daraus konkrete Ansätze für die (zukünftige) eigene (pädagogische) Praxis entwickeln zu können.

Zur Unterstützung des Seminars wurde ein gleichnamiger EduComm- sy-Projektraum eingerichtet in den alle, die Interesse daran haben, sich mit an der Vorbereitung und Ausarbeitung des Seminars zu beteiligen, herzlich eingeladen sind. Wir sehen uns nächstes Semester... (FM)



DIE ANEIGNUNG DES VORHANDENEN

EIN AUFRUF ZUR KULTURELLEN EINFLUSSNAHME AM FACHBEREICH

Viele Veränderungen an der Universität und in der Gesellschaft sorgen für ein neues Gesicht unseres Alltages. Die meisten tragen nicht gerade zu Muße und Reflexion bei. Für alle die mit dem Ort/ der Institution Universität mehr verbinden, als ein Dienstleistungsunternehmen/ reine Ausbildungsstätte in dem man seinem Marktwert steigert (Humankapital anhäuft) sollen folgende Zeilen sein: Es gibt sie noch, die studentisch verwalteten Cafes. Gerade in unserem Fachbereich eher unscheinbar in einem nicht allzu großen Raum im Erdgeschoss. Es hört auf den Namen Paranoia.

Es gibt sie noch, die kulturellen Veranstaltungen. Von Podiumsdiskussionen jeglicher Colour über Kino im Audimax bis zu den Kulturkursen des Astas.

Es gibt sie noch, die politischen Gruppen und losen Assoziationen, die sich mit den oben genannten Veränderungen auseinandersetzen.

Es gibt sie, aber es sind zu wenige! Es gibt sie, aber sie sind von wenigen organisiert! Es gibt sie, aber sie werden meistens nur konsumiert oder zum anreichern von soft skills genutzt!

Der Aufruf soll die Universität als Lebensraum ins Bewusstsein rufen und zumindest die Frage an jede(n) Stellen, was er von diesem Ort möchte. Um es mit einem Professors des Fachbereiches zu sagen: "Wie kann man die Universität wieder beleben? Wo an unserem Fachbereich ist eine Foto-AG? Wo sind Leute, die sich eine Mini-DV Kamera schnappen und einen Kurzfilm drehen oder die Aktivitäten auf dem Campus begleiten? Wo eine Gruppe, die sich um spannende Podiumsdiskussionen im Semester bemüht?...

Dies soll ein Aufruf sein für basis-kulturelle Gruppen! Nutzt die vielfältigen Möglichkeiten am Fachbereich und startet was!

Dazu einige Infos:

<http://mms.uni-hamburg.de/workshops/>

Hier gibt es Workshops zu Themen rund um Computer und Internet. Von Filmen bis schneiden, von podcasten bis digitale Poster erstellen. Organisiert von Leuten des Multimedia-Studios, die immer offen für neue Vorschläge sind. Für alle Probleme jenseits der Kurse gibt es jeden Dienstag eine betreute offene Werkstatt von 10 bis 18 Uhr.

<http://mz.erzwiss.uni-hamburg.de/geraeteausleihe/public/ausleihe/>

In der Geräteausleihe des Fachbereichs gibt es vom Diktiergerät bis zum Bea-

mer viele technische Geräte zu leihen, die man nicht nur für seine Hausarbeit verwenden kann. Die Ausleihe ist zwar bisher nur über die Unterschrift eines Professors o.ä. möglich, aber sollte sich eine Film-Ag oder Kino-AG gründen wird sich eine Lösung finden, mit Sicherheit.

<http://mms.uni-hamburg.de/blogs/elb/>

Im frisch gegründeten eLearning Büro sitzen Leute, die euch das studieren in Zukunft leichter machen sollen, in dem sie digitalisierte Texte und aufgezeichnete Vorlesungen ins Netz stellen. Falls ihr Ideen habt, was sie sonst noch in dieser Richtung tun können, lasst es sie wissen.

<http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/theaterpaedagogik/studiobuehne/index.htm>

Seit der Renovierung befindet sich im Erdgeschoss des Hauses eine Theaterbühne. Die Belegung durch Seminare lässt genügend Platz für die ein oder andere freie Theatergruppe, LehrstückmoralistInnen oder gelangweilte GermanistInnen.

Das sind nur einige Beispiele der Infrastruktur an unserem Fachbereich, die nach einer kreativen Aneignung durch euch schreit. Falls ihr Ideen habt, nehmt sie in die Hand und tragt sie vor. Der Fachschaftsrat hilft euch gerne sie großzuziehen. (MS)

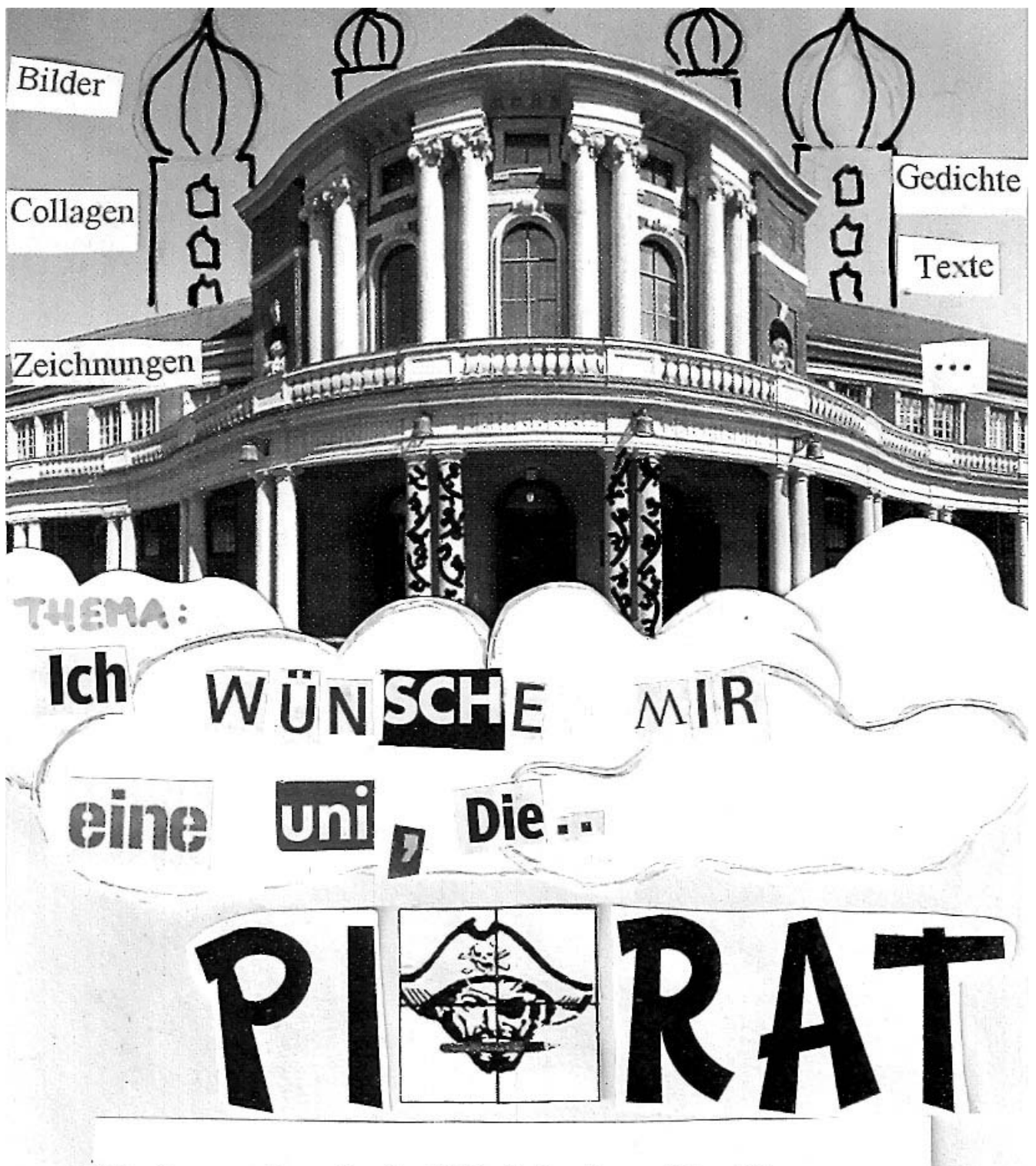
"ICH WÜNSCHE MIR EINE UNI, DIE..."

Der FSR hatte zu dieser Ausgabe des Pi-Rats schon einmal Flyer verteilt mit den Aufruf an euch uns Texte zum Thema (und auch unabhängig zum Thema) "Ich wünsche mir eine Uni, die..." zu kommen zulassen. Warum bei uns in den letzten Wochen nur ein paar (Vielen Dank an die Verfasser!) Beiträge angekommen sind, liegt sicher nicht nur an unserer Kurzfristigkeit sondern auch an dem allgemeinen Klausurenstress und dem damit einhergehendem Zeitmangel. Aber, so schnell geben wir nicht auf, starten wir also noch einmal von vorne:

Schickt bis zum 10. April 2008 eure Ideen (gerne auch Bilder, Gedichte, Skizzen...) zum Thema "Ich wünsche mir eine Uni, die..." an: Pirat-redaktion@gmx.de oder bringt eure Beiträge persönlich im FSR-Raum 018 vorbei.

Generell, thematisch unabhängig von unserem Aufruf, freuen wir uns immer über Artikel, Bilder...eure Ideen! Und über Interesse an Mitarbeit!

Meldet euch, kommt einfach vorbei!



Schickt für die nächste Ausgabe des PI-Rat bis zum 10.April.2008 eure Ideen (gerne auch Bilder, Gedichte, Skizzen...) zum Thema "Ich wünsche mir eine Uni, die..." an: Pirat-redaktion@gmx.de oder bringt eure Beiträge persönlich im FSR-Raum 018 vorbei.